

(Vizepräsident Frähdorf.)

(A) schädigend wirken, wo eine Versicherung der Betroffenen unbedingt notwendig ist. Ich möchte da ganz besonders die Regierung aufmerksam gemacht haben.

Man hat sich auch in der Thronrede mit der Tätigkeit der Kirchengemeinden beschäftigt. Es ist das ja ein Gebiet, welches ganz besonders unserem Herrn Kultusminister am Herzen liegt. Ich bin der Meinung, daß die Kirchengesellschaften sich jetzt mehr mit materieller Hilfe beschäftigen sollten. Das würde von den Beteiligten und den Bedürftigsten jedenfalls begrüßt werden. Meiner Meinung nach hat die Religiosität während des Krieges keine Zunahme erfahren, ich glaube, es haben andere die gleiche Erfahrung gemacht. Wie sollte es auch anders sein! Von beiden Seiten wird die Gottheit um Sieg und Hilfe angerufen. Es hilft auch in dieser Zeit — das sei nebenher gesagt — das Beten nichts. Unter Friedrich dem Großen halfen die stärksten Bataillone, heute die stärksten Geschütze und dazu die besten Soldaten.

Hilfe für den gewerblichen Mittelstand wird gefordert von der rechten Seite des Hauses. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß zu denjenigen, die nach dem Kriege am schlimmsten wirtschaftlich geschädigt sein werden, der gewerbliche Mittelstand gehört, natürlich diejenigen, die jetzt draußen im Felde stehen; diejenigen, die daheim bleiben und ihre Geschäfte fortführen konnten, werden (B) davon natürlich wenig, zum Teil gar nicht betroffen, zum Teil haben sie sogar Vorteile vom Kriege. Aber ohne Zweifel wird der gewerbliche Mittelstand, der im Felde beteiligt ist, schwer zu leiden haben, und es wird diesen zu helfen sein. Das wird aber nicht in der Form zu geschehen haben, daß man nur scheinbar selbständigen Existenzen mit allen möglichen Mitteln und mit schweren Mitteln aushilft — das wird gar nicht möglich sein wegen der Zahl der betreffenden Personen —, sondern man wird allgemein helfen müssen. Da sagen wir, es muß allen Notleidenden geholfen werden, soweit die Mittel der Allgemeinheit ausreichen. Dazu wird für die Arbeiter Arbeitslosenunterstützung gegeben werden müssen, und der Erwerbslosigkeit, wenn sie vorhanden ist bei anderen Kreisen, muß ebenfalls durch entsprechende Unterstützung geholfen werden. In dem Sinne stimmen wir dem Antrage zu und werden unsere Hilfe dabei in den Dienst der Sache stellen. Wenn man aber darüber hinausgeht, wenn man Unmögliches verlangt und Hoffnungen erweckt, die sich durchaus nicht erfüllen lassen, denen auch schon die Regierung bei früheren Beratungen entgegentreten mußte, so werden wir uns dazu nicht, auch in neuerer Zeit nicht, verstehen können.

Es ist bezeichnend, daß auch jetzt der gewerbliche Mittelstand nicht davon abkommt, auf Kosten der

Arbeiterschaft seine Verhältnisse aufzubessern. Da liegen, (C) wie mir berichtet worden ist, Petitionen der Bäckerinnungen Sachsens bei der Regierung vor, die darauf gerichtet sind, den Konsumvereinen das Brotbacken in gewissen Fällen zu untersagen. Da soll z. B. die größte Bäckerei in Leipzig, die des Konsumvereins, auf Verlangen dieser Herrschaften geschlossen werden, damit die Bäckermeister mehr zu tun haben.

(Hört, hört! links.)

Ob sie in der Lage wären, Ersatz zu bieten, steht sehr dahin. Begründet soll diese Maßregel damit sein, daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz auch eine Mühle hat, und Mühlen und Bäckereien sollen nicht in den gleichen Händen sein. Einer solchen Maßregelung würden wir mit allen Mitteln widersprechen, und wir dürfen von der Regierung erwarten, daß sie auf solche reaktionäre Pläne nicht eingeht. Die Konsumvereine backen für sich selbst, sie backen nicht für andere, sie liefern nur das Brot an ihre Mitglieder, das Mitglied läßt sich im Konsumverein sein Brot in seiner Bäckerei backen, und unserer Meinung nach hat niemand das Recht, ihn zu hindern, in seinem Hause das herzustellen, was er notwendig gebraucht. Es ist eine Maßnahme der Innungen, die in den Arbeiterkreisen großen Unwillen hervorgerufen hat, und wir müssen (D) gegen solches Verlangen nachdrücklichst Verwahrung einlegen.

Die Arbeiter haben natürlich in dieser Zeit eine volle Berechtigung, ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen in den Vordergrund zu stellen. Vor einiger Zeit hat auch die Gesellschaft für soziale Reform sich der Arbeiterforderungen während und nach dem Kriege angenommen und hat Forderungen aufgestellt, die kurz darin gipfeln: erstens, Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und aller darauf bezüglichen Fallstricke, die im Strafgesetzbuch enthalten sind; zweitens, polizeiliche Nebengesetze, die das Arbeiterrecht einschnüren, sollen beseitigt werden, das Reichsvereinsgesetz soll entsprechend umgeändert werden, die Gesindeordnung soll aufgehoben werden, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sollen den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden. Das sind Forderungen, die auch wir vertreten und denen wir bei unserem Tun hier Nachdruck verleihen werden. Darüber fordern wir selbstverständlich Demokratisierung unseres ganzen Staatswesens, gleiches, direktes, geheimes Wahlrecht für Reich, Staat und Gemeinde.

Ich komme nun zu dem Abschnitt der Thronrede, in welchem die Regierung die Fernhaltung innerer Ber-